

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Adhörer monatl. 5 M. durch  
boten bezogen monatl. 5.50 M. durch ausdri-  
ckliche Boten monatl. 5.75 M.; bei Postbestellung monatl. 6 M. frei  
haus. Ercheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 S.  
Polische-Konto Bezahl 16 634. Geschäftsstelle Sülzstraße 4.  
Für unerbetene Außenbestellungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Taeb. Mittl. Zeitraum 30 Bl. um  
der Saeb. Mittl. Zeitraum 30 Bl. um  
Die laufende Monatsauftritte wird vom Besteller auf seine  
Anzeigen in Rubrika genommen. Anzeigengebühr 50 Bl. Porto  
befreiend. Norm. Anzeigenfrist 11 Uhr vorm. Fernspr. 100.  
Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 171.

Montag, den 25. Juli 1921.

161. Jahrgang

### Tageschronik

Die Reichsregierung weist in einer Antidivision an Frank-  
reich die Aufständigen Briand's des Oberstleutnants er-  
teilt wird.  
Deutschland macht den Durchtransport der französischen Divi-  
sion durch Deutschland von dem Einverständnis Englands  
und Italiens abhängig.  
Die englisch-französischen Verhandlungen haben noch zu keinem  
abschließenden Ergebnis geführt.  
Die Verluste der Engländer in Oberschlesien Ordnung zu  
schaffen, werden von den Franzosen sabotiert.  
Der Landarbeiterstreik in Pommern ist zusammengebrochen.  
Die italienische Kammer sprach Bonomi mit 302 gegen 136  
Stimmen das Vertrauen aus.

### Kompromiß zwischen England und Frankreich? Der oberste Rat als Verwaltungsbehörde Oberschlesiens?

Die französisch-englischen Verhandlungen über die nächste  
Einkunft des Obersten Rates dauern an, und es scheint sicher  
dass man eine Einigung finden werde. Man vermutet, dass  
Frankreich auf die Sachverständigenuntersuchung  
verzichten wird und dass England die Verwaltung  
der ober-schlesischen Verwaltung, um einen bestimmten  
Anspruch vorzulegen zu können, nicht ablehnen werde.  
Der britische Gesandter erhielt vom französischen  
Gesandten die Erklärung, man müsse auf der Not-  
wendigkeit beruhen, unverzüglich die Entsendung von  
Vertretern nach Oberschlesien zu beschließen.  
In der internationalen Presse wird wieder der Vorschlag  
erörtert, Oberschlesien unter die Verwaltung des Ober-  
sten Rates zu stellen. Ober-schlesien würde, ähnlich dem  
Sondergebiet, nur anstelle durch den Vizepräsidenten von einer  
Kommission aus einem Franzosen, einem Engländer, einem  
Italiener, einem Deutschen und einem Polen verwaltet wer-  
den. Auch an die amerikanische Regierung würde man wegen  
der Entsendung eines Vertreters in diese Kommission heran-  
treten. Die polnische Regierung soll sich bereits zur Annahme  
dieses Vorschlags bereit erklärt haben. Ebenso wie die fran-  
zösische Regierung und alle anderen Regierungen, die mit dem  
Vorschlag einverstanden sind, zu handeln. Das be-  
trifft Gebiet würde für 25 bis 40 Jahre unter dieser Ver-  
waltung stehen. (1)

Es bedarf keines Hinweises, dass diese Lösung des Pro-  
blems" ebenso eine Umwälzung für Deutschland ist, wie alle  
anderen Vorschläge. Die Ober-schlesier haben in ihrer Mehr-  
heit für Deutschland den Anspruch, dass ihr Land Deutschland zugesprochen  
wird.

### Vorläufig keine englische Antwort an Briand.

Die Stellungnahme der englischen Presse.  
„Morningpost“ erzählt von amtlicher Seite, dass keine  
weiteren diplomatischen Schritte in der ober-schlesischen Frage  
getroffen worden sind. Die britische Regierung hat Briand's  
Note nicht beantwortet, sie habe keinen Grund ihre  
Haltung zu ändern; und alle aus Oberschlesien ein-  
tretenden Nachrichten betreffen die Angelegenheit, auf denen  
diese ihre Haltung beruht. Sie beabsichtige indessen nicht sich  
mit der französischen Regierung darüber zu streiten, sondern  
wünsche allein dringend, dass die ober-schlesische Frage vom  
Obersten Rat so schnell wie möglich erledigt werde.  
Die Lloyd George'sche Sonntagspresse nimmt die Drohung  
Briand's beantwortend, bezüglich der Entsendung  
der Sachverständigenkommission vorläufig kein Wort in  
Mund. Ueber-einstimmend wird ausgedrückt, dass dies eine  
sehr delicate Situation zwischen London und Paris schaffe.  
Die Haltung der französischen Truppen in Oberschlesien sei  
offen herausfordernd und die Verhandlungen würden  
Polen nur zu einem neuen Aufstand ermutigen, die wahr-  
scheinlich zum Entzug der britischen Truppen in Belgien  
führen würde. Die Entsendung von Sachverständigen dürfe nur durch  
den Bescheid des Obersten Rates erfolgen. Der Kernpunkt  
der ganzen Schwierigkeit sei Frankreich's Entschlossenheit,  
Oberschlesien in Verletzung des Versailler Vertrages den  
Polen zu geben, um Deutschland weiter militärisch zu  
schwächen, wie um sich selbst zu bereichern.

Die französische Presse bewacht.  
Der „Temps“ vertritt auf neue, dass man auf eine eng-  
lisch-französische Verständigung über Oberschlesien nicht nur  
über die Probebestimmung, sondern auch über die Grenzlinie  
reden kann, und dass die bestimmtesten Beurteiler der Lage  
oder Voraussicht nach Unrecht behalten werden. Es sei bis-  
her allerdings noch keine bestimmte Linie erörtert worden.

### Frankreich hekt weiter.

Das französische Echo zur deutschen Note.  
In der Note der deutschen Regierung (deren Text unsere  
Leser in der Beilage der heutigen Nummer finden, D. Red.)  
erklärt das „Echo Journal“, dass Briand dem Rabinet  
Wirth eine einzig dastehende Gelegenheit lieferte, einen Be-  
weis seines guten Willens zu geben. Anstatt diese Gelegen-  
heit zu benutzen, arbeitete der Reichskanzler mit seinen Mit-  
arbeitern eine Note aus, die sich durch schlechten Willen  
auszeichnet und deren Zweck es ist, die französischen  
die höchsten Ausstellungen von Besmann, Gallweg  
und Kühmann zu erinnern. Es sei offenbar, dass man auf einen  
Konflikt zwischen London und Paris spekuliert.  
Das sei ein physikalischer Irrtum gewesen, der aber  
Deutschland teuer zu stehen kommen könne. Frankreich werde  
es nicht dulden, sich durch eine delinquente Nation  
lächerlich zu lassen. Demnach dem Reichskanzler werde  
Frankreich die Mittel zum Transport der Sachverständigen-  
truppen fordern, welche die herausfordernde Haltung der  
deutschen Regierung mehr und mehr notwendig mache.  
Der „Temps“ schreibt: Deutschland erklärte, dass der  
Sachverständigenrat in einem Beirat operiere, der seiner Verwaltung  
entzogen sei, habe sich aber genehmigt, eine französische Ver-  
ständigungskommission zur Untersuchung der Sachverständigen-  
truppen zu entsenden. Die deutsche Regierung hat diese  
Angelegenheit der Sachverständigenrat überlassen. Der reichs-  
politische „Der Sozialist“ schreibt, die unverständige  
Antwort der deutschen Regierung erlaube sich aus der  
Verantwortlichkeit der Haltung von Frankreich und England.  
Aber Deutschland habe noch einmal Unrecht, sich einzulassen,  
dass diese Meinungsbekundung eine einseitige Un-  
einigkeit bedeuten. Die Erfahrung beweise, dass es bei der-  
artigen Umständen falsch sei. Die deutsche Antwort  
werde Lloyd George die Augen öffnen.

In diesen Ton der französischen Presse sind wir nach-  
gerade so gewöhnt worden, wenn Deutschland eine der  
wenigen Rechte aus dem Versailler Vertrag geltend macht,  
dass wir uns nicht mehr im geringsten darüber aufregen.  
Sowohl wird sich auch die Reichsregierung nicht irrt  
machen lassen und in die ihnen beiden Seiten eingeschlagenen  
Weg konsequent weiter verfolgen.

### Vor einem neuen Sinksputsch?

In Berlin, Köln, Breslau, Wien usw. wurden Personen  
verhaftet, die in ihren Aussagen, die durch das bei ihnen  
beschlagnahmte Material bestätigt wurden, angaben, dass  
in den nächsten Monaten ein neuer Sinksputsch ge-  
plant sei und zwar unter französischer Unterstützung an  
Gold und Wassen. Ein Kommunist, ein Gold- und Silber-  
warenhändler aus Düsseldorf, hat in seinem Geständnis  
zum Ausdruck gebracht, dass er zwar nur unabsichtlich ge-  
macht worden sei, dass aber an seiner Stelle zahllose Mit-  
glieder seine Ideen weiter verbreiten werden.

### Frankreich hilft uns, mit Geld und mit Waffen.

In Deutschland dem Kommunismus zum Siege zu  
verhelfen! Der Herz der Hauptorganisation für den neuen  
Sinksputsch befindet sich im besetzten Rheinland.  
Die Ermittlungen werden sehr eifrig betrieben.

Aber Frankreich sei entschlossen, eine Einigung zu erleichtern,  
und Engen werde demzufolge so wenig die Briand gemeint  
sein, dem Vertreter der englisch-französischen Diplomatie zu  
verhandeln.

### Italien befürwortet die sofortige Entscheidung.

Eine offizielle Note des italienischen Ministeriums stellt fest,  
dass Italien unbedingt die sofortige Entscheidung in Ober-  
schlesien durch den Obersten Rat befürworten müsse, da da-  
durch allein eine Verständigung herbeizuführen sei. Die Sache  
sei spruchreif, so dass ein neuer Ausschuss unangebracht sei.  
Der italienische Botschafter in Berlin Krassati ist am Sonn-  
abend nach Rom abgereist. In aus der italienische Kom-  
missar in Oberst General De Martini zur Zeit noch in  
Rom weilt, kommt Krassati's Reise besondere Be-  
deutung zu.

### London und Rom einig.

Lloyd George wird während seines Erholungsurlaubes  
im Engadin im kommenden August eine Begegnung mit dem  
neuen italienischen Ministerpräsidenten Bonomi und seinem  
Außenminister Torretta haben, angeblich, um eine Grundlage  
für ein enges Zusammenarbeiten Englands und Italiens in

den orientalischen und kontinentalen Fragen zu erzielen. Es  
gibt als nicht ausgeschlossen, dass im Engadin das englisch-  
italienische Bündnis zum Abschluss kommt.

Die 11. französische Division geht nach Oberschlesien  
Die erste französische Division, die in Danzig liegt, ist von  
Marschal Foch bestimmt worden, als Truppenverpflichtung  
nach Oberschlesien abzugeben. Der französische Botschafter  
in Berlin ist beauftragt worden, von der deutschen Regierung  
zu verlangen, dass sie sofort den französischen Militärbehörden  
in Danzig zehn Bände zur Verfügung stellt, um die Division  
nach Oberschlesien zu transportieren.

### England gegen den Transport über Danzig.

Die Nachricht von der Absendung der französischen 11.  
Oberschlesien bestimmten Division auf dem Wege über Danzig  
hat in England Beunruhigung hervorgerufen. Die englische  
Regierung erklärt darin einen Verstoß der Polen, sich in  
Danzig festzusetzen. England wolle schon in den nächsten  
Tagen die französische Regierung um Aufklärung über die  
Absendung ersuchen und dabei auf die schweren Bedenken der  
englischen Regierung gegen die Landung französischer Trup-  
pen in Danzig hinweisen. Auf jeden Fall aber müsse Frank-  
reich zur Ausführung seiner Absichten die Erlaubnis des  
Bischofs von Danzig haben, was England seine Einwilligung  
nicht geben würde.

### Was Oberschlesien.

Die Engländer versuchen, Ordnung zu schaffen.  
Aus den Kreisen von Berlin und Lwow wird über-  
einstimmend berichtet, dass die dort eingetroffenen eng-  
lischen Truppen mit allem Ernst an die Entwarnung der  
Ordnung herangehen. Die Sicherheit in den so von  
Grund aus verfallenen Gemeinden wird täglich besser, so dass  
die geflohenen Deutschen ohne Gefahr ihr Leben und Leben in  
ihre Orte zurückkehren können. Der Bahnhof Katowitz  
steht unter englischer Bewachung. In dem ganzen von den  
Franzosen besetzten Gebiete von Kattowitz und Kato-  
witz bis Myslowitz ist die polnische Grenze noch voll-  
ständig offen. Die Lage ist hier dieselbe, wenn nicht noch  
schlimmer als vor dem Ausbruch  
des letzten Aufstandes.

Die Beamten der Spezialpolizei in Janow, Schopowitz,  
Birkenfeld, Boguski, Gieszen und Wilschowitzschritte wach-  
ten den Dienst wieder aufnehmen. Als sie geschlossen in die  
Ortschaften eintraten, kam es zu ersten Zwischen-  
fällen mit polnischen Apocenten und Insurgenten,  
die sich bewaffnet in diesen Ortschaften herumtrieben. Die  
Beamten mussten sich unbedingte Dinge wieder zurück-  
ziehen, da schwere Unruhen zu befürchten waren.

### Die Insurrektionen.

Die letzte Kohlenbergbau in Oberschlesien betraf  
nur 50 Prozent der Förderung vor dem Ausbruch. Noch mehr  
haben die Hüttenbetriebe durch den Ausbruch gelitten.  
Wollig lag die Verfeinerungsindustrie darnieder, die wegen  
der Verteilung der geschulten deutschen Arbeiter und wegen  
des Rohstoffmangels völlig beschaffenungslos war. Eine  
endgültige Beseitigung der gesamten Verluste, die die In-  
dustrie in Oberschlesien während des Aufstandes erlitten hat, war  
noch nicht möglich.

### Die Vorbereitungen für den vierten Polenaufstand.

Von der Einseitigkeit der Zusammenlegung der Ostpolen  
in Oberschlesien gibt der Bericht des polnischen Abgeord-  
neten in Paris Kunde, der lautet: „Die sofortige entfernende  
Seite für die Witz anzuhängen, die iranische Verhältnisse  
für das Volk haben. Aufnahmebedingungen sind: Er muss  
das 21. Lebensjahr vollendet haben und nicht bestraft sein.  
Vor allen Dingen zu berücksichtigen, die am Aufstand teil-  
genommen haben, keine Verfeinerung sind und sich unbedingte  
aufgeben haben. Wenn die Aufforderungen nicht anstreben, kann man  
solche nehmen, die sich zur Witterung gestellt haben. Zu be-  
rückichtigen sind nur entfernende Leute aus der Gemetide,  
nicht unser Volk seinen Schaden durch sie erleidet.“ — Der  
Befehl befiehlt nichts anderes, als dass nur Leute genommen  
werden, die sich als Insurgenten auf das beste bewährt  
haben.

### General Peron in Prag.

Verhandlungen mit der tschechischen Regierung.  
General Peron ist in Prag eingetroffen und am Bahnhof von tsche-  
chischen Ministerpräsidenten verabschiedet, dem französischen  
Gesandsträger usw. mit allen militärischen Ehren empfangen









